Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.50, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 4.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorothenstraße 65. Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Münchner Str. 6.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der Morgen-Ausgabe
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg. Lützowstraße 10
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 260. Donnerstag 24. Mai 1906. 100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Wie verlautet, wird der nationalliberale Abgeordnete für Erfurt, Landgerichtsrat Hagemann, in das Kolonialamt eintreten, wo er Dezernent für Kamerun und Togo werden soll.

* Der Reichstag hat gestern die Militärpensionsgesetze in dritter Lesung angenommen. Bei der dritten Lesung des Etats gab Staatssekretär von Tschirschky und Bögendorff Aufklärungen über die auswärtige Politik. (S. Bericht.)

* Im Prozeß gegen den Obersten Hänger wurde der Antrag, den Angeklagten in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, abgelehnt. (S. Bericht.)

* Eine Division des italienischen Mittelmeergeschwaders, geführt vom Herzog von Genua, welcher den Panzer „Lepanto“ als Flaggschiff wählte, wird während der bevorstehenden Anwesenheit des Präsidenten Fallières in Toulon den Präsidenten daselbst begrüßen.

* Henrik Ibsen ist gestern nachmittag ½2 Uhr in Christiania gestorben. (S. Feuilleton.)

Kronstadt.

Als Zar Alexander III. stehend die Marseillaise anhörte, während die französischen Panzer den Kaiserhalut auf der Reede zu Kronstadt feierten, fühlte Europa, daß in diesem Augenblicke eine alte Tradition in die Brüche ging, und eine neue Gruppierung der europäischen Mächte entstand, deren Existenz dem gesamten politischen Leben unseres Planeten eine neue Wendung geben mußte.

Zu den eingewurzelten Vorurteilen des echten Preußen gehört von jeher trotz Jorndorf und Kunersdorf der Gedanke, daß die eigene Politik mit den Interessen Rußlands parallel laufen müsse, und noch auf dem Sterbebette lieh der alte Kaiser seinen letzten Rat ausklingen: „Du mußt mit Rußland gut Freund bleiben.“ Ohne Zweifel haben die gemeinsamen Waffentaten in den Befreiungskriegen diese Tradition mit Blut gekittet, die heilige Allianz verstärkte den Gedanken einer unauflöslichen Freundschaft mit Rußland Jahrzehnte hindurch, und die Haltung Alexanders II. während des deutsch-französischen Krieges gab diesem Glauben die letzte Weihe. Dabei hat Rußland von jeher seinen allereigensten Vorteil in der Freundschaft mit Preußen gesucht, und wer mit scharfem Auge das Verhalten der Russen in kritischen Momenten mustert, wird als Skeptiker von dieser Arbeit aufstehen. Daß Alexander I. Preußen seelenruhig nach Tilsit gehen ließ, daß er noch in Erfurt mit Napoleon I. in einer Weise an frères war, die Preußen jede Hoffnung auf die Hilfe des östlichen Nachbars nahm, weiß jedes Kind. Daß derselbe Alexander noch nach Bar-sur-Aube und La Rothière dafür zu haben gewesen wäre, Napoleon Frankreich und die Kaiserkrone zu lassen, ist gleichfalls eine Tatsache. Preußen sah man von Petersburg aus stets als eine Art Satrapie an, der echte Russe hielt die guten Dienste des Berliner Kabinetts für eine Selbstverständlichkeit, und als Preußen nach Olmütz ging, zuckte man an der Newa die Achseln. Man muß die Flut der Verwünschungen kennen, die auf Bismarck und uns niederging, als der Berliner Kongreß das Provisorium von San Stefano auf eine vernünftige Basis stellte, und man wird die maßlosen Ansprüche ja verstehen, die jeder echte Russe im stillen Herzen an uns stellen zu dürfen glaubt. In kritischen Zeiten wußte man den Nachbarn im Westen stets zu finden; sobald der schwarzumzogene Himmel wieder blaute, hat man in Rußland immer ein kurzes Gedächtnis für deutsche Ehrlichkeit und Hilfsbereitschaft gehabt. Bismarck sah als echter Opportunist kaltblütig die Entwicklung der Dinge an. Er kannte die Schwächen Rußlands zu gut, um sich durch Toulon und Kronstadt verblüffen zu lassen. Er wußte, daß es dem dritten Alexander allerdings Ernst mit seiner schlecht verhehlten Abneigung gegen uns war, daß er in einer Freundschaft mit Frankreich das beste Mittel sah, auf Deutschland einen Druck auszuüben und die deutsche Politik nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Alexander III. agierte getreulich seine Kopenhagener Rolle, die von der „Schwiegermutter Europas“ für den Gatten ihrer Tochter bestimmt war. Dabei hatte er den Vorteil, sich durchaus im Einverständnis mit dem größeren Teil seines Volkes zu sehen, und es erwuchs in ihm eine Rücksichtslosigkeit gegen uns, daß er mit Mühe bei dem Antrittsbesuch unseres Kaisers das Gesicht zu wahren verstand. Alexander II. war niemals im heiligen Rußland populär, sein Sohn dafür um so mehr bei den echten Nationalen. Das wußte Bismarck, aber er kannte auch die letzten Absichten der russischen Diplomatie bei dieser Zweibundsgründung. Zu seiner absatzlosen Politik, die unfehlbar zu einer schweren Kollision führen mußte, brauchte Rußland Geld, viel Geld. Deutschland konnte es nicht geben, England sperrte dem bösen Feinde eo ipso den Kredit, also mußte man in Frankreich anklopfen. Und da man von den Franzosen alles haben kann für eine pazierende Anweisung auf die Revanche, da man in Paris sich damals greulich faltgestellt fühlte und mit heißer Sehnsucht sich nach einem anständigen Verkehr umsah, so ging der Zar nach Paris, Herr Witte sah seine Tresors voll blanken, roten Goldes, die fürstliche Bahn blieb kein Traum mehr, und mancher ehrliche Mann hat es dabei zu etwas gebracht. Des seligen Potemkin Schule ist auch heute noch nicht ausgestorben.

Bismarck sah das alles ruhig geschehen. Solange der Dreibund ohne Risse als festes Bollwerk ragte, solange England im Russen den indienhungrigen Konkurrenten in Asien, den bösen Geist in China und den ewigen Hetzer in Afghanistan erblickte, konnte man seelenruhig die Verbindung in Kronstadt ansehen. Zudem kannte Bismarck seine Brüder. Rußland sowohl wie Frankreich hätten es sich dreimal überlegt, von Leder zu ziehen. Auf dem Kontinent wäre der Erfolg trotz der beiden Fronten Deutschlands doch mehr als zweifelhaft gewesen, und England hätte damals die gute Gelegenheit benutzt, Frankreich schmerzlos von den besten Kolonien zu befreien und nebenbei die französische Flotte zu dezimieren. Kronstadt von damals bedeutete just keine Freundlichkeit für uns, aber man muß auch Feste ohne Neid feiern sehen, zu denen man nicht geladen ist. Ein Kronstadt von heute wäre etwas anderes. Bestätigt sich die Meldung, daß der englische Flottenbesuch in Kronstadt stattfindet, so müssen wir darin eine Demonstration erblicken, die wir auf keinen Fall ruhig hinnehmen dürfen.

Die Offiziösen werden natürlich Oel auf die Wogen gießen, man wird die abgeklapperte Friedensschalmei neu stimmen und blasen, aber man wüßte trotzdem bei uns, was wir in kurzer Zeit zu gewärtigen hätten. Das neue Kronstadt würde keine platonische Demonstration sein, sondern die Generalprobe zu dem Drama, dessen Aufführung von der liebevollen Regie Eduards VII. seit Jahren geplant ist.

Die englisch-russische Verständigung ist von jeher eine Lieblingsidee Eduards gewesen, und die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß er alle Ereignisse der letzten Jahre dieser Idee nutzbar zu machen verstand. Solange er Prince of Wales war, lächelte man über eine englisch-russische Annäherung — eine Utopie, eine Seifenblase. Aber Eduard handelte als König planmäßig. Zunächst galt es, die alte Feindschaft zwischen Franzosen und Engländern, die seit den Tagen der Jeanne d'Arc niemals ausgestorben war, aus der Welt zu schaffen, und was seit dem Wiener Frieden niemals gelungen war — Eduard setzte das französisch-englische Abkommen durch, gewann dabei Aegypten vollständig, drückte den Franzosen dafür einen sehr zweifelhaften Wechsel auf Marokko in die Hand und konnte obendrein noch Deutschland als den Neidhard in Marokko schwarz malen. Das gute Verhältnis zu Frankreich mußte die Brücke werden, die von London nach Petersburg geschlagen werden soll, und das planmäßige Absprengen der Mächte von uns, wie es Eduard seit Jahren betreibt, die von ihm geflissentlich ind hellste Licht gesetzte Isolierung Deutschlands, seine geflissentliche Unhöflichkeit gegen Kaiser Wilhelm, die Köderung Italiens, das Hintertreiben der Madrider Liste: alles das mußte in Petersburg den Anschein erwecken, daß man auch an der Newa nichts Praktischeres und zugleich Ungefährlicheres tun könnte, als sich denen anschließen, die aus dem geplanten Kesseltreiben gegen uns kaum noch ein Hehl machen.

Die Wünsche Eduards VII. für Deutschland kennen wir zur Genüge. Wir wissen auch, daß es in Rußland nicht an Politikern fehlt, die einer Annäherung an England und einer frostigkühlen Tonart gegen uns das Wort reden. Aber Zar Nikolaus würde in einem Lichte erscheinen, falls er den Union Jack in Kronstadt grüßte, das die schlimmsten Schatten auf ihn als Person und Regenten werfen müßte. In den bösesten Tagen, als ihm das Wasser bis an den Hals stand, als nicht nur die Ehre Rußlands, sondern der Bestand der Dynastie Romanow auf dem Spiele stand, flüchtete er in die Schären Finnlands und hörte in Björkö einen ehrlichen Rat. Als selbst Witte an einen anständigen Frieden nicht mehr glaubte, als die Japaner diesen nach Lust und Behagen diktieren zu können schienen, war es Wilhelm II., der Herrn Roosevelt scharf machte, seinen gesamten Einfluß in die Wage warf und den Portsmouthfrieden zuwege brachte. Den Japanern ging die Kriegsentschädigung verloren, wir tauschten dafür ihren ehrlichen Haß ein und werden vielleicht einmal mit Kiautschou dafür bezahlen. In den Tagen der bösesten Revolution, als wir ohne Mühe die Nöte Rußlands hätten ins Ungemessene steigern können, als das Schicksal des Zaren in des Kaisers Hand lag, hat sich Kaiser Wilhelm als ehrlicher Mann erwiesen. Ja, die Haltung der Berliner Behörden gegen die russischen Flüchtlinge, die Ausweisungen, die Unterstützung der russischen Polizei haben direkt das Odium auf unsere Regierung gebracht, durch Dick und Dünn mit den Herren an der Newa zu gehen, ohne auf das Wohl und Wehe des Einzelnen zu achten.

Das alles sind Dinge, die Nikolai II. anscheinend schnell vergessen möchte. Beständigkeit ist allerdings nie seine Zierde gewesen. Gerade die letzten Ereignisse erhärten das. Heute eröffnet er die Duma, morgen weigert er sich, das Präsidium zu empfangen. Heute schwört er auf Witte, morgen auf die Reaktion. Wer also auf des Zaren Willen und Zuverlässigkeit Häuser baut, hat ein schlechtes Fundament gewählt. Nikolai Alexandrowitsch ist nicht der Mann, der den Lockungen Frankreich-Englands und dem Drängen der Panslawisten widerstände. Selbst wenn er persönlich den Willen hätte, der englisch-russischen Annäherung die Spitze gegen uns zu nehmen, so würde er, der ewig Schwankende, nie seinem Willen eine politisch wertvolle Form zu geben verstehen. Der englische Botschafter war ja erst kürzlich in London ad audiendum verbum, er wird das entscheidende Wort gesprochen haben und nun dem Zaren die „wahre Lage“ Europas zeigen: Italien für Deutschland verloren, Oesterreich am Scheidewege, wahrscheinlich schon auf fremder Straße, Deutschland isoliert wie einst Preußen unter Friedrich II. — warum sollte Rußland die Gelegenheit nicht nutzen, um an dem gemeinsamen guten Werke zu helfen? Die Meldung der englischen Presse ist vorläufig ein Fühler; aber die deutsche Meinung ist leicht zu sondieren: Wir wissen, daß wir, lediglich auf uns selbst angewiesen, den größten Konflikt durchkämpfen müssen. Und weil wir dies wissen, sehen wir in der englisch-russischen Annäherung die letzte Masche in dem Netze, in dem wir uns zu Tode zappeln sollen. Wir sind aber nicht der träge Karpfen, den man nach Gefallen backt. Sehen wir klar, daß man es auf einen konzentrischen Angriff absieht, so dürfte die Welt Ueberraschungen erleben, auf die selbst der schlaue Eduard nicht gefaßt ist. Die allernächste Zeit wird uns lehren, ob die Würfel rollen, oder ob Eduard und seine Freunde ihre Zeit noch nicht gekommen glauben. Aber einmal wird kommen der Tag . . .

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. Mai.

* **Kanzler und Staatssekretär.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgendes Schreiben des Reichskanzlers an den Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Euere Exzellenz bitte ich zugleich mit meinem Dank für die gütigen Zeilen von gestern meinen herzlichen Glückwunsch entgegenzunehmen zu dem Gnadenbeweise, mit welchem Se. Maj. der Kaiser Euere Exzellenz anläßlich der Annahme der neuen Steuergesetze im Reichstage gedachte. Ich bin sicher, daß die öffentliche Meinung darin ebenso wie ich eine wohlverdiente Anerkennung der großen Verdienste Euerer Exzellenz erblicken wird. An die früheren hervorragenden Leistungen Euerer Exzellenz im Dienste des Reiches schließt sich nunmehr das bedeutsame Werk einer Neubefestigung unserer Reichsfinanzen an. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Lösung dieser ebenso dringlichen, wie schwierigen Aufgabe in erster Linie dem Eifer, der Sachkunde und der hingebenden Arbeit Euerer Exzellenz zu danken ist. Daß Euere Exzellenz nach der Bewältigung einer solchen Arbeitslast das Bedürfnis der Erholung fühlen, ist ja nur natürlich. Ich willige daher selbstverständlich gern in den nachgesuchten wohlverdienten Urlaub. Mit dem Wunsche, daß Euere Exzellenz in dem schönen Bewußtsein erfolgreicher Arbeit die Tage des Ausspannens recht genießen möchten, um bald wieder in voller Frische am Werke zu sein, bin ich in besonderer Hochschätzung und Verehrung Eurer Exzellenz aufrichtig ergebener gez. v. Bülow.

* **Die Nationalliberalen und das Volksschulgesetz.** Wir haben schon gestern früh den Antrag der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses wiedergegeben, der dem § 40 des Gesetzes einen für die Fraktion annehmbaren Inhalt geben soll. Wir lassen heute den Wortlaut der Erklärung des Abg. Dr. Friedberg folgen, wie er von der „N. L. C.“ wiedergegeben wird. „Wir treten in die zweite Beratung der Vorlage mit derselben Grundanschauung ein, von der wir bei Abschluß des Kompromisses ausgegangen sind. Die Notwendigkeit, für die Weiterentwicklung des preußischen Volksschulwesens durch eine Regelung der Lasten der Volksschullasten einen geeigneten Boden zu schaffen, hat uns veranlaßt, mit anderen Parteien des Hohen Hauses eine Verständigung zu suchen, die nicht leicht zu finden war und die uns erhebliche Opfer an unseren Anschauungen auferlegen mußte. Jedoch von dem höheren Gesichtspunkte der dringenden Beseitigung der schweren Notstände der preußischen Volksschule haben wir uns bereit finden lassen, diese Opfer zu bringen, zumal wir anerkennen müssen, daß andere Parteien dieses Hohen Hauses sich in gleicher Lage befinden. Die Beschlüsse der Kommission sind mit einer Ausnahme, auf die ich noch kommen werde, so beschaffen, daß wir sie tragen können, wenn die Hoffnung bestehen bleibt, daß eine allseitige Verständigung unter der Mehrheit des Hauses erzielt wird. Eine solche Hoffnung dürfen wir entnehmen aus den Erklärungen des Herrn Kultusministers. Wir werden deshalb in dieser Lesung an den Kommissionsbeschlüssen mit Ausnahme des § 40 Abs. 6 festhalten und werden auf Abänderungsanträge in unserm Sinne, die wir an und für sich für berechtigt halten, verzichten. Für die schwer umstrittene Frage der Rektorenbewilligung scheint uns unser Antrag den Weg zur Verständigung zu zeigen. Sollte er abgelehnt werden, so würden allerdings meine politischen Freunde die Konsequenz ziehen müssen, der Vorlage einmütig ihre Zustimmung zu versagen. Die ganze Frage der Rektorenernennung gehört nach unserer Ansicht in ihrer Allgemeinheit überhaupt nicht in dieses Gesetz, und wir bedauern, daß durch die Einbeziehung dieser abseits von der Schulunterhaltung liegenden Materie ein Zwiespalt unter den Parteien hervorgerufen worden ist, die bemüht waren, das Gesetz zustande zu bringen. Meine politischen Freunde sehen sich außerstande, mit der Verabschiedung dieses Gesetzes eine Minderung der Rechte der Selbstverwaltung zahlreicher Gemeinden, darunter solcher, welche sich um die Entwicklung der Volksschule die größten Verdienste erworben haben, zu verbinden. Eine solche Politik halten wir für unbillig und undankbar und auch den Interessen der Volksschule widerstreitend, da sie auf die Opferfreudigkeit der betreffenden Gemeinden nur lähmend wirken kann. Ich resümiere mich dahin: Wir halten fest an den Beschlüssen der Kommission, solange wir die Hoffnung hegen dürfen, daß die Mehrheit des Hohen Hauses unserer Auffassung bezüglich der Rektorenfrage beitritt. Sollte sich diese Hoffnung als unberechtigt erweisen, so würden wir genötigt sein, einmütig gegen die Vorlage zu stimmen.“ Ein Urteil über diese Stellungnahme wird erst an der Zeit sein, wenn offenbar geworden ist, wie sich nun das Schicksal der Gesetzesvorlage entwickelt.

* **Aus Samoa.** Unser ständiger Herr Mitarbeiter schreibt aus Apia vom 10. April: Der Vulkan ist noch immer tätig und hat ungefähr 60 Quadratkilometer teilweise gerade des allerbesten Landes vernichtet. Die zur Entschädigung vom Reiche bewilligten 40 000 ℳ kommen außerordentlich gelegen. Nicht minder gelegen wird im Juli die Summe kommen, die von den Amerikanern als ihr Anteil an den vor 7 Jahren entstandenen Samoaschäden nun endlich bewilligt worden ist. Bekanntlich hat die deutsche Regierung schon vor einem halben Jahre in Anrechnung auf die von den Vereinigten Staaten und England zu zahlende Entschädigung von 40 000 Dollar die Hälfte dieser Summe dem Stellvertreter des Gouverneurs auf telegraphischem Wege angewiesen. Die amerikanische Entschädigung hat sich deshalb so lange verzögert, weil die Sache dem Kongreß in Form eines Nachtragsetats („General Deficiency Bill“) vorgelegt werden mußte. Was den neuen Chinesentransport nach Samoa anbetrifft, so hat der von dem Gouverneur nach Hongkong entsandte Regierungskommissar Fries gemeldet, daß er einen Lieferungsvertrag wegen der chinesischen Kontraktarbeiter abgeschlossen habe, wonach er pro Mann nur 350 ℳ zu zahlen hat. Das finanzielle Resultat ist also günstig, und es bleibt nur zu wünschen, daß das Arbeitermaterial auch gut ist.

* **Von den gefangenen Hereros.** Gouverneur v. Lindequist hat am 4. April eine Reise nach dem Osten angetreten, die ihn über Neudamm, wo die dortigen Anlagen mit dem noch 7 Meter Wasser haltenden Damm besichtigt wurden, Otjituezu, Otjiumbo, Otjiharenna, Seeis und Okakarembo führte. In der Sammelstelle Otjiharenna befanden sich etwa 1300 Hereros. In einer Ansprache an sie drückte der Gouverneur seine Freude aus, daß sie seinem Rufe so willig folgten, und trat den Gerüchten entgegen, daß die Kriegsgefangenen in Windhuk schlecht behandelt würden. Die Worte fielen sichtbar auf guten Boden, denn es meldeten sich sofort 30 Männer freiwillig für den Bahnbau in Swakopmund. Die von der evangelischen Mission etwa im Januar begonnene Sammelarbeit unter den im Lande zerstreuten Hereros hat, nach dem „Windh. Nachr.“, einen über alles Erwarten guten Erfolg gehabt. In Omburo hatten sich bis Mitte März unter Missionar Kuhlmann 2670 Hereros mit 95 Gewehren eingefunden und in Otjihaenena unter Missionar Diehl jun. ebensoviele, so daß alle im ganzen rund 6000 Hereros auf friedliche Weise in die Hände der Regierung gekommen sind.

* **Die Wahlprüfungskommission des Reichstages** trat in ihrer letzten Sitzung in die Prüfung der Wahl des Abg. Pauli-Potsdam ein, der in der Stichwahl mit 18 600 Stimmen gegen 18 095 Stimmen für den sozialdemokratischen Rechtsanwalt Liebknecht gewählt worden ist. Es liegt ein sehr umfangreicher Protest von mehr denn hundert Protestpunkten vor. Zunächst verhandelte man über die Maßnahmen der Polizei- und Militärverwaltung zu Spandau und Potsdam gegen diejenigen Wirte, welche nach der Behauptung des Protestes in irgend einer Form die Agitation der sozialdemokratischen Partei begünstigt haben sollten. Auch das Verhalten des Spandauer Wahlkommissars, der zwischen der Haupt- und der Stichwahl der konservativen Partei die Nachträge zur Wählerliste mit den Abstimmungsvermerken der Hauptwahl bewilligt, der sozialdemokratischen Partei sie jedoch verweigert habe, führte zu längeren Auseinandersetzungen. Schließlich wurde mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen, das Verhalten des Wahlkommissars, des Oberbürgermeisters von Spandau, für unzulässig zu erklären und die Erheblichkeit zu betonen, sodaß es möglicherweise zur Ungültigkeitserklärung der Wahl kommen wird.

* **Ueber die Tätigkeit der Kaufmannsgerichte in Preußen** 1905 gibt die „Stat. Korr.“ folgende Aufstellung: Es traten 1905 in Preußen 144 Kaufmannsgerichte in Tätigkeit. Von ihnen waren 115 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert; 136 waren zuständig für einzelne Gemeinden. Von der Gesamtzahl der Kaufmannsgerichte entfielen 5 auf Ostpreußen, 4 auf Westpreußen, 1 auf Berlin, 22 auf Brandenburg, 7 auf Pommern, 4 auf Posen, 17 auf Schlesien, 15 auf Sachsen, 5 auf Schleswig-Holstein, 10 auf Hannover, 20 auf Westfalen, 5 auf Hessen-Nassau und 29 auf das Rheinland.

Bei diesen Gerichten wurden 1905 876 Klagen von Kaufleuten gegen Handlungsgehilfen und -Lehrlinge und 8588 von Handlungsgehilfen und -Lehrlingen gegen Kaufleute, insgesamt 9462, eingereicht. Von ihnen betrafen 1419 (15,8 v. H.) Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses sowie Ausbändigung und Inhalt des Zeugnisses (§ 5 Ziffer 1 K.G.G.), 5558 (62,0 v. H.) Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse (§ 5 Ziffer 2), 201 (2,2 v. H.) Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen usw. (§ 5 Ziffer 3), 1712 (19,1 v. H.) Schadensersatzansprüche (§ 5 Ziffer 4), 19 (0,2 v. H.) Berechnung und Anrechnung von Krankenkassenbeiträgen usw. (§ 5 Ziffer 5), 55 (0,6 v. H.) Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Gehilfe oder Lehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird (§ 5 Ziffer 6). Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 502 anhängigen Sachen 20 ℳ und weniger, bei 3135 über 20 bis 100 ℳ, bei 3119 über 100 bis 300 ℳ und bei 1457 mehr als 300 ℳ; bei 449 Klagen war er nicht festgestellt. Von der Gesamtzahl der Streitigkeiten wurden im Berichtsjahre erledigt 3468 (38,7 v. H.) durch Vergleich, 54 (0,6 v. H.) durch Verzicht im Sinne des § 306 B.G.B., 78 (0,8 v. H.) durch Anerkenntnis, 1260 (14,1 v. H.) durch Zurücknahme der Klage, 599 (6,7 v. H.) durch Versäumnisurteil, 1865 (20,8 v. H.) durch andere Endurteile, 682 (7,6 v. H.) auf andere Weise; 961 (10,7 v. H.) wurden in das nächste Kalenderjahr hinübergenommen.

Das Verfahren in denjenigen Sachen, bei welchen es nach gegenseitiger mündlicher Verhandlung der Parteien zum Endurteile kam, dauerte bei 321 Streitigkeiten weniger als eine Woche, bei 485 eine bis zwei Wochen, bei 457 zwei Wochen bis einen Monat, bei 465 einen bis drei Monate, bei 104 drei und mehr Monate.

Rh. **Aus Baden,** 22. Mai. Die badischen Freisinnigen beabsichtigen, ihre diesjährige Landesversammlung ausfallen zu lassen, dagegen Mitte Juni hier eine Delegierten-Versammlung abzuhalten. Dabei wird insbesondere das Verhältnis zu den übrigen liberalen Parteien Gegenstand der Beratung bilden. — Die badisch-pfälzische Landesabteilung des Bundes der Industriellen hat sich mit einer Petition an den Landtag gewandt, welche zur Reform der Personentarife einige Wünsche vorträgt. Darin wird vor allem dringend gebeten, die Staatsregierung zu veranlassen, daß sie „alles daransetzt, eine Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Staatsbahnen herbeizuführen“. Die Industriellen erhoffen davon zunächst wesentliche Ersparnisse der Bahnverwaltungen und infolgedessen deren größere Geneigtheit zur allmählichen Verbilligung der Personentarife. Des weiteren fordert die Petition als Schnellzugsklasse für die dritte Wagenklasse entweder den 2 Pfennig-Tarif mit Konzuschlägen oder den 3 Pfennig-Tarif ohne Zuschläge. Schließlich wünschen die Industriellen „die baldmöglichste Einführung gleichlautender Wagenklassenbezeichnungen auf sämtlichen deutschen Staatsbahnen“. — In der Zweiten Kammer begründete gestern Kolb den sozialdemokratischen Antrag, daß die Regierung ersucht werden soll, im Bundesrat gegen die Fahrkartensteuer zu stimmen. Gießler (Zentr.) und Binz (natl.) erklären, daß ihre Parteien dem Antrage nicht zustimmen können. Sie betonen, daß die vom Reichstage angenommene Reichsfinanzreform, zu der auch die unerwünschte Fahrkartensteuer gehöre, Notwendigkeit sei. Heimburger (Demokrat) und Frühauf (freis.) erklären sich für den Antrag. Dieser wird schließlich gegen eine Minderheit von 17 Stimmen abgelehnt.

* **Streikentschädigungsgesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller.** Der Ausschuß der von dem Verband Sächsischer Industrieller begründeten Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitgebern bei Arbeitseinstellungen tritt am 29. Mai d. J.